Vossische Zeitung
12./XI. 1915

Lebensmittelfragen und Fortschrittliche Volkspartei.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß-Berlin trat am Donnerstag abend zu einer Kriegstagung zusammen. Außer den Vertretern der Parteivereine waren anwesend die Abgg. Ernst, Graue, Kanzow, Kopsch, Dove, Meyer-Frankfurt, Fischbeck, Heyn, Hubrich, Dr. Wiemer, Rosenow und Cassel sowie die früheren Abgeordneten Broemel, Dr. Schepp, Kreitling und Goldschmidt.

Abg. Stadtrat Fischbeck hielt einen Vortrag über Lebensmittelfragen, in dem er eingehend die wirtschaftliche Lage Deutschlands während der Kriegszeit besprach, des weiteren die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen einer Erörterung unterzog, um schließlich der Hoffnung Ausdruck zu geben, das gemeinsame Arbeit das Resultat haben werde, die Pläne der Feinde zum Scheitern zu bringen und auch auf wirtschaftlichem Gebiete einen Triumph des deutschen Volkes herbeizuführen. Der Parteitag begleitete den von großer Sachkunde getragenen Vortrag mit starkem Beifall und nahm nach einer Besprechung, an welcher sich die Herren Hausberg, Kreitling., Bry, Wiesner, Cassel und Schwuchow beteiligten, nachfolgende von den Abgg. Fischbeck, Dove, Kopsch und Dr. Wiemer eingebrachte Entschließung einstimmig an:

„Die Absicht, Deutschland auszuhungern, wird scheitern an den hinreichend im Inlande vorhandenen Vorräten und an dem festen Willen des Volkes, seine Bedürfnisse diesen Vorräten entsprechend einzurichten und mit ihnen durchzuhalten. Der Parteitag erklärt sich mit Maßregeln einverstanden, welche eine gerechte Verteilung der vorhandenen notwendigen Bedarfsgegenstände auf alle Bevölkerungskreise zum Ziele haben.

Soweit auf einzelnen Gebieten notwendiger Bedürfnisse die Produktion im Inlande und die Zufuhr von außen eine Einschränkung erfahren hat, darf bei dem mangelnden Ausgleich von Angebot und Nachfrage die Preisbildung nicht der willkürlichen Gestaltung des Marktes überlassen und damit zum Mittel der Ausbeutung der Verbraucher gemacht werden. Die Preise für derartige Waren müssen durch allgemein gültige Verordnungen nach oben begrenzt werden, und zwar sowohl bei der Abgabe vom Produzenten an den Handel, wie vom Handel an den Verbraucher. Dabei sind die gesteigerten Produktionskosten in gerechter Weise zu würdigen, in den Verhältnissen nicht begründete Zwischengewinne zu vermeiden, wie andererseits bei der Abmessung der Spanne zwischen Erzeuger und Kleinhandelspreis der vielfach schwierigen Lage des Handels, insbesondere des Kleinhandels Rechnung zu tragen ist. Unbeschadet der Kritik an Einzelheiten erachtet der Parteitag die auf verschiedenen Gebieten, so auf dem der Versorgung mit Kartoffeln, Fleisch, Butter und Milch ergangenen Beschlüsse des Bundesrats als geeignete Schritte im Sinne obiger Forderungen. Er erwartet, daß die Reichsleitung auf dem beschrittenen Wege fortfahren und überall da eingreifen wird, wo es die Allgemeininteressen der Volksernährung fordern."